

Erscheint in Leipzig  
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Bestellungen nehmen an alle  
Postanstalten u. Buchhand-  
lungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen  
für die Vereinigten Staaten:  
F. A. Sorge,  
Box 101 Hoboken, N. J.  
Peter Haj,  
8. W. Corner Third and  
Coates str. Philadelphia.

# Der Volksstaat

Abonnementspreis  
für ganz Deutschland  
1 Bl. 50 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements  
werden bei allen deutschen  
Postanstalten auf den 1ten  
u. 2ten Monat und auf den  
3ten Monat besonders an-  
genommen; im Agr. Sachsen  
u. Preuss. Sachl.-Altenburg  
auch auf den 1ten Monat des  
Quartals à 54 Pf.

Organ der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 10 Pf., — Privat- und Vergnügungs-  
Anzeigen mit 25 Pf. die dreispaltige Petit-Zeile berechnet.

Nr. 91.

Mittwoch, 11. August.

1875.

## Strikes sind ein Zeichen mangelhafter Organi- sation der Gewerkschaften.

Kz. Die Bestrebungen der Bränner Arbeiter auf Erhöhung ihres Lohnes waren gewiss gerechtfertigt, bei der bisherigen Theilung des Arbeitsertrages fiel ein Hungerlohn für den Arbeiter ab, während die Unternehmer sich glänzend wie immer ständen. Trotz ihres materiellen und formellen Rechts haben die Arbeiter indessen nur sehr theilweis gesiegt. Das liegt an der schlechten Organisation der Arbeiter, sagen Viele. Bei besserer Organisation würden sie im Strike vollständig obgestiegen haben. Ich bin anderer Meinung, bei besserer gewerkschaftlicher Organisation wäre ein Strike nicht nötig gewesen! Nicht in der streikreichen Durchführung der Strike, sondern in der unter der kapitalistischen Produktionsweise überhaupt bestmöglichen Ordnung der Arbeitsbedingungen ohne Strike ist die Hauptaufgabe der sozialistischen Gewerkschaften zu suchen.

Bei der kapitalistischen Produktionsweise wird bekanntlich dem Arbeiter nicht ein gebührender Antheil am Ertrage der Gesamtarbeit zu Theil, sondern dem Einzelnen wird nur der Marktpreis seiner Arbeit gezahlt, dieser Marktpreis aber richtet sich nach Angebot und Nachfrage.

Den Unternehmer veranlaßt der Gewinn, welchen er aus der Arbeit seiner ärmsten Mitmenschen zu ziehen gedenkt, zur Nachfrage nach Arbeitskräften, den Arbeiter aber zwingt die eiserne Nothwendigkeit, sich und den Seinen Brod zu schaffen, zum Angebot der Arbeitskraft. Man ist zwar in unserm Tagen die Gewinnsucht ein gewaltigerer Trieb als der Hunger; es geschehen mehr Verbrechen aus Gewinnsucht als aus Hunger und es kommt öfter vor, daß der Hungerige mit Gleichmuth oder Stumpfheit sich und die Seinen untergehen, als daß ein Kapitalist, ein Unternehmer, ein Spieler, gleichmüthig einen Gewinn sich entgegen sieht. Die Gewinnsucht wächst eben mit dem erlangten Gewinn, der Hunger aber, ebenso die acute wie die chronische Inanition\*, macht nach einiger Zeit die Nerven minder empfindlich. Gewaltthätiger und vor allem unbegrenzter ist also der Trieb der Gewinnsucht, aber drängender, in der Zeit drängender ist der Trieb des Hungers. Der Hungerige will heut gefättigt sein, der Gewinnsuchtige kann warten und seine Zeit abpassen. Das giebt dem hungeregefügten, wenn auch nicht gewinngefättigten Kapitalisten die Macht, vom Arbeitsertrag dem Arbeiter nur denjenigen Theil zukommen zu lassen, welcher zur Erhaltung der Classe (gewohnheitsmäßig? — gewöhn' dich Mies, spricht der Bäcker und lehrt mit der Kog den Ofen aus!) nötig ist, und das zwingt den Hungerigen, sich jeder Arbeitsbedingung, selbst wenn sie mit seiner baldigen Vernichtung verbunden ist, zu fügen.

Die dringende, keinen Aufschub duldende Macht des Hungers fernzuhalten, erstreben diejenigen, welche für den Arbeiter nicht Gerechtigkeit, die kann nur der Sozialismus bringen, sondern Besserung wollen. Auch für den Sozialisten ist dies die erste Aufgabe, auch der Sozialist muß, so lange er die Regelung der Produktion nicht in der Hand hat, mindestens das Arbeitsangebot nach Möglichkeit zu regeln suchen.

Man hat nun versucht, durch Ansammlung von Geldern, welche dem Arbeiter gestatten, mit seinem Arbeitsangebot eine Zeit lang zurückzuhalten, unter den Kapitalisten eine Concurrenz zu veranlassen, der Art, daß jeder einzelne Kapitalist, um sich den Gewinn aus fremder Arbeit zu sichern, sich im einzelnen Falle mit einem kleineren Gewinnantheil begnüge, als seine Concurrenten. Der Gewinn aller einzelnen Kapitalisten und damit der ganzen Kapitalistenclasse könnte auf diese Weise allmählich herabgedrückt werden. In der That schien während der Zeit der Schwindelproduktion, welche, nebenbei bemerkt, durch die Zurückhaltung des Arbeitsangebotes noch einigermaßen gezügelt wurde, die Arbeit im Preise zu steigen. Die Freude jedoch war nur kurz. Den mehrgezählten Arbeitslohn schlugen die Unternehmer auf die Waare und nahmen noch außerdem einen großen Gewinnantheil.

Der Satz, daß die höheren Arbeitslöhne die Waare vertheuern, in dem Sinne wie vertheuern müssen, ist gewiss unrichtig, aber ebenso gewiss ist es, daß ein erhöhter Arbeitslohn illusorisch wird, wenn es den Unternehmern gelingt, alle Waare entsprechend zu vertheuern. In jenen Schwindeljahre ist das gelungen, theilweis durch die Gutmüthigkeit und Unkenntnis des Publicums, welche die erhöhten Waarenpreise bei den erhöhten Arbeitspreisen ganz natürlich fand und willig zahlte, ohne zu bedenken, daß es damit den Gewinn der Arbeiter wieder zu nichte macht, größtentheils aber durch die so hoch gesteigerte Creditwirtschaft. Wenn wir nur Metallgeld hätten, so brächte Erhöhung des Arbeitslohnes sicher einen größeren Theil des Arbeitsertrages in die Hände der Arbeiter, denn im Metallgeld muß ja ebenfalls der Werth, der zu seiner Herstellung verwendeten Arbeit bezahlt werden. Zahl 1. B. der Confectionist dem Schneider mehr als bisher von dem allein vorhandenen Metallgeld und zahlt gleichzeitig der Vergewaltbeter dem Vergewalteten mehr Lohn, so kann ja dieser vermehrte Lohn nirgends anders herkommen als aus den Taschen des Kapitalisten, d. h. der Kapitalist muß, die Existenz nur von Metallgeld vorausgesetzt, sich mit um so weniger Gewinn aus fremder Arbeit begnügen, je höher die Löhne sind, welche Schneider und Vergewaltbeter bekommen. Unser Metallgeld verschwindet aber im Verhältnisse zu den Creditpapieren. Je mehr Creditpapiere, um so geringer der Werth des Geldes, um so größer die Theuerung, das hat die Zeit des Gründungschwindels von Neuem bewiesen. Die Menge des Staatspapiergeldes und der Creditpapiere bestimmt heutigen Tages die Regierung resp. der Finanzminister und die

Bourgeoisie in und außerhalb der gesetzgebenden Körper. Freilich, die Bäume wachsen nicht bis zum Himmel, auch die Ausgabe der Creditpapiere findet ihre Grenzen. Für den Arbeiter hat das weiter keinen Vortheil, es wechselt eben einfach die Zeit scheinbar großer Lohnerhöhung mit der Zeit offener Lohnverminderung.

Als der Absatz der Produkte anfang bei den erhöhten Preisen und bei der zu hoch geschätzten Consumtionsfähigkeit Mühe zu machen, da suchte der Unternehmer (im Allgemeinen zu identifiziren mit der Kapitalistenclasse) die Höhe des Gewinns aus fremder Arbeit zu bewahren, indem er die Löhne der Arbeiter herabsetzte. Diese gaben natürlich nur widerstrebend die etwas verbesserte Lebensweise auf, ja, es traf die Lohnreduktion die Arbeiter um so härter als die Preise seiner Hauptbedürfnisse keineswegs wesentlich herabgingen.

Diese, trotz sogenannter Ueberproduktion sich haltenden Waarenpreise sind eine bemerkenswerthe Erscheinung. Nach den Gesetzen der Regelung der Preise durch Angebot und Nachfrage sollte man erwarten, daß nach einer erkannten Ueberproduktion sofort Alles billiger würde, ja das Angebot sich sogar überfüllen müßte, weil Keiner eine zur Zeit übermäßig vorhandene Waare behalten mag. Wenn das heuer nur in einzelnen Branchen der Fall ist, so zeigt das, daß Ueberproduktion auch nur in diesen Branchen stattgefunden hat. Ueberproduktion in guten Arbeiter- und Mittelwohnungen, Ueberproduktion in landwirthschaftlichen Produkten und besonders in der Viehwirtschaft hat aber keineswegs stattgefunden. Das, was der kleine Mann für sich und die Familie nothwendig und am meisten braucht, ist über das Wachsthum der Bevölkerung hinaus nicht vermehrt worden, oder wenn es wirklich noch stärker vermehrt wurde, kommt es wenigstens dem kleinen Manne nicht zu Gute, weil der Reiche ihn auskauft.

Die Lohnreduktion hat unter diesen Umständen den Arbeiter hart getroffen, nachdem die Lohnaufbesserung zur Schwindelzeit ihn nur wenig gefördert hatte. Natürlich wird der ökonomische Kampf zwischen Kapital und Arbeit härter entbrennen als je, denn der Arbeiter mag nach Aufgabe des schwer erzwungenen Vortheils nicht noch tiefer herabgedrückt werden als er schon früher gestanden, und noch ist der Arbeiter glücklicherweise nicht zu der Stumpfheit chronischer Inanition herabgedrückt, die Alles über sich ergehen läßt. (Schluß folgt.)

## Zur Frage der Productiv-Genossenschaft. (Eingefandt aus Frankfurt a. M.)

In Arbeiterkreisen wie in anderen gewerblichen Verbindungen wird es gewiss ein Interesse erregen, wenn denselben der nachfolgende Auszug aus einer Rede mitgetheilt wird, welche der Vorsteher des Frankfurter Schuhmachermeister-Bereins, Herr Carl Ruoff in der letzten Ostermeh-Versammlung zu Frankfurt a. M. über die Bestrebungen und Ziele der Bewegung im Schuhmachergewerbe gehalten hat. Es ist diese Rede gewissermaßen ein Aufruf zur That gegenüber der Fabrik-Concurrenz, und wir empfehlen sie deshalb auch in Rücksicht der Verhandlungen über die Productivgenossenschaften auf dem letzten Sozialisten-Congress in Gotha, der wohlverdienten Beachtung in jenen Kreisen, aus welchen wiederholte Nachfrage nach derselben gemacht wurde.

In einem längeren höchst interessanten Rückblick auf die Bewegungsmomente auf dem Gebiete des Schuhmacherhandwerks nach einer dreijährigen Entwicklungsphase und einem Ausblick auf das, was hier noch zu erreichen gehofft wird, hob der Redner hervor, daß die Schuhmacherbewegung nun einen merkbaren Stillstand genommen, was theils aus der eigenen Erfahrung, theils auch aus der ganzen Haltung der eigentlichen Fachpresse sich constatiren lasse; und auch in dem Umkreise der Stadt Frankfurt sei ein ruhigerer Gang der Sache wahrnehmbar geworden.

Hier sei hauptsächlich, fuhr der Redner fort, ein Umstand, der ins Gewicht falle, zu verzeichnen: es sei durch die hinter uns liegende Krise, die von oben nach und nach herabsteigend sich erst jetzt bei den unteren Schichten durch den schlechten Geschäftsgang fühlbar mache, eine Entmuthigung eingetreten. Wir hoffen, daß mit der Steigerung der Nachfrage auch der Muth zu neuen Unternehmungen sich wieder paaren wird.

Bis jetzt haben wir betreffs der Abkürzung der Creditfrage, ebenso durch einmüthiges Zusammengehen an vielen Orten, die Verkaufspreise mit den nothwendigen Ausgaben in Einklang bringend, die schönsten Erfolge erzielt. Wir haben uns durch Agitationen alle Mühe gegeben, dem Schuhmacher nicht nur seine Lage klar zu machen, sondern ihm auch Wege zur Besserung gezeigt, und haben auch hier die besten Früchte geerntet. Deshalb ist nicht abzulassen, auf dem Wege weiter zu wirken, damit die Bewegung immer neue Wurzel fasse zur Hebung des Gewerbes. Obgleich sich dasselbe um Vieles gebessert, so haben wir lange nicht das Lösen können, was wir uns als Aufgabe gestellt haben, theilweis aus Mangel an Mitteln, theils auch infolge Einwirkung mancher anderer Verhältnisse. Nur die Handhabe zu weiterem Fortschreiten sei gewonnen worden.

Unser Hauptstreben muß es sein, in Concurrenz mit der Großproduction treten zu können. Durch gemeinschaftliche Einkäufe, Gründung von Rohstoff-Associationen, haben wir zwar die Bahn der Cooperation, der Gemeinschaft, betreten. Allein wenn auch in den gemeinschaftlichen Einkäufen die Arbeit vieler Zwischenhändler überflüssig wird, und dadurch schon ein Element der Vertheuerung der Rohstoffe entfernt ist, wenn auch selbst dem kleinsten Producenten betrefss seiner Einkäufe sich theilweis die Vortheile des Großbetriebs zuwenden, so kann immerhin dadurch noch keine Concurrenz mit der Waare erzielt

werden, weil es sich bei dem Großbetrieb nicht einzig und allein um die Einkäufe, sondern auch um die billigere und vortheilhaftere Herstellung und Production durch Theilung der Arbeit handelt.

Es wäre eine Ironie, wenn man von Rohstoffvereinen glauben wollte, mit ihnen etwa das Ziel unserer Bestrebungen erreichen, damit die Lage der Schuhmacher nur etwas merkliches gebessert zu haben. — Der Werth, den wir den Rohstoffvereinen nicht absprechen wollen, besteht in der moralischen Wirkung auf die Mitglieder. Die Geschäftsverbindungen nöthigen dieselben sich kaufmännischer Vortheile und Kenntnisse zu eigen zu machen, die großen Waarenbezüge und Gelosummen, mit denen man zu thun hat, führen die Mitglieder aus dem engen Kreis ihres eigenen Ichs heraus; sie lernen kennen, was in Gemeinschaft gebraucht und geleistet werden kann, und dies ermuntert und reizt zu neuen Unternehmungen und Fortschritten fort.

Im Uebrigen betrachte ich, sagte Redner, die Rohstoff-Associationen als die Brücke, die uns über die Klippe zwischen Gegenwart und Zukunft führen soll — sie sind nur eine cooperative Uebergangsbildung. — Denn sobald die Cooperation allgemein zur genossenschaftlichen Production fortgeschritten sein wird, werden die Rohstoffvereine überflüssig. Unser rettendes Endziel kann nur in Errichtung von Waaren-Magazinen und schließlich — auf was die Cooperation hinwirken muß — eben die gemeinsame productive Thätigkeit sein, und dabei wird sie gerade die größten Siege feiern!

Ich will nur vorübergehend erwähnen, daß wir uns schwer von dem alten herkömmlichen Geschäftsbetrieb entöhnen können, aber wir müssen uns zugestehen, daß, wenn es keine Fabriken gäbe, könnte das Publicum theilweis barfuß laufen — wir könnten den heutigen Bedarf unmöglich mit bloßer Handarbeit mehr decken. Der heutige Geschäftsbetrieb der Schuhmacher wird sich, vergeblich bessere Zeiten hoffend, überleben, wie er sich in anderen Fächern schon längst überlebt hat.

Die heutige Produktionsweise macht es selbst den Minderbemittelten möglich, sich mit einem annehmbareren Comfort zu umgeben, während es vor zehn oder zwanzig Jahren fast zu den Unmöglichkeiten gehörte, sich in den Besitz mancher Gegenstände zu setzen. Dies kommt der Gesamtbevölkerung zu Gute und es liegt im Zuge der Zeit und das Bedürfnis derselben Bevölkerung drängt darauf hin, auch anserem Gewerbe Aehnliches abzuringen. Können wir vielleicht diese Thatfachen absprechen oder das Zeitbedürfnis tabeln? — Oder könnten wir es überhaupt übersehen, den Bedarf zu decken? — Ich möchte in Wahrheit nicht mit Ja antworten.

Daß unter solchen Umständen Fabrik- oder Großproduction entsteht, ist klar, und wenn uns dieselbe heute lästig fühlbar wird, so müssen wir dennoch zugeben, daß dieselbe ihren Höhepunkt noch nicht erreicht hat. Ein Beispiel möge zeigen, was aus der cooperativen Production erspart werden kann.

Denken wir uns in einer Stadt 50 Schuhmacher, deren jeder eine selbständige Werkstätte haben muß; 50 Miethe, 50 Heizungen, 50 Beleuchtungen und 50 vollständige Einrichtungen der Werkstätten haben diese nötig, während in Gemeinschaft doch immer nur einmal Jedes, wenn auch in etwas größerem Maßstabe nötig erscheint. Welche bedeutende Ersparnis ergibt sich aus dieser Concentration und Vereinfachung der Einrichtung und der Hilfsmittel! — Ja, geradezu verschwenderisch wird z. B. das Geld in Leisten verwendet. Denke man sich einen Kasten, der nicht zu den schlechten gehört, aber vielleicht bei sechs verschiedenen Meistern nach einander arbeiten läßt, so wird jeder Meister möglicherweise für ihn ein Paar Leisten sich angeschafft haben, der Kunde also sechs Mal seine Fußformen in dem Arsenal der Schuhmacher, wozu fünf Mal schlechterdings unnütz, haben. Denke man sich 50 strebsame Meister, so gehört es gar nicht zu den Unmöglichkeiten, daß sie alle 50 an einem Tage auf der Jagd nach Arbeit, Anmassen etc. auf der Straße liegen, während in der Cooperation vielleicht Einer oder Zwei das verrichten könnten und 48 in der praktischen Arbeit thätig sein könnten.

Daß in der gemeinschaftlichen Arbeit viel erspart, also die Arbeit billiger producirt und dem Großbetrieb somit die Concurrenz angekündigt werden könnte, liegt klar vor Augen. — In der Productiv-Association liegt selbst die Lösung der ganzen sozialen Frage.

Keinem Mitgliede der Productiv-Association würde es einfallen, den Arbeiter in ähnlicher Weise auszubeuten und zum „weißen Sklaven“ zu stampeln, wie es die Großindustriellen der Gegenwart wird der Arbeiter keine Veranlassung mehr fühlen, einem Fabrikanten seine Kräfte für ein armes und elendes Dasein zu opfern — er wird als nöthiges Glied bei der Production betrachtet und ihm auch sein Antheil am Gewinn eingeräumt werden müssen. Hierdurch füllt der Arbeiter sich ebenfalls veranlaßt und wird Kraft und Geschicklichkeit, ja, Alles daran setzen, dem Geschäft seine Lebensfähigkeit zu erhalten und diese dem Fabrikanten abzurufen.

Der moralische Einfluß auf die so gestellten Arbeiter wird ganz andere Tendenzen zu Tage fördern, als sie heute so widerspruchsvoll in die Erscheinung treten. Der Arbeiter, mit Antheil am Reingewinn, hat die Aussicht, sich allmählich Antheil am Geschäft zu verschaffen — er wird Mittheilhaber desselben und wird sich Lohn, Arbeitszeit, sowie die Handhabung der ganzen nothwendigen Ordnung selbst mit zu bestimmen, auch als heilige Pflicht anerkennen. Die Lage und die Inter-

\*) Die rasch vorübergehende wie die dauernde Entlastung.



essen des Arbeiters werden dann ganz andere als die heutigen werden.

Wollen wir der allmählich sich steigenden Concurrenz noch lange müßig zusehen, bis sie uns überfluthet und vom Boden weggeschwemmt, oder wollen wir Hand an Werk legen und die Gründung von Productiv-Genossenschaften mit dem Antheil der Arbeiter am Reingewinn ins Auge fassen?

(Obgleich wir mit den in dem Vortrage des Herrn Ruoff niedergelegten Anschauungen in vieler Hinsicht nicht einverstanden sind, da sie uns nicht weit genug gehen, so hielten wir die Veröffentlichung des Artikels schon um deswillen für geboten, weil in ihm ein wohlthätiger Gegenatz zu Tage tritt gegenüber dem müßigen Geschrei eines großen Theils der Kleinhandwerksmeister nach staatlicher Einschränkung der Rechte der Arbeiter. D. R.)

### Politische Uebersicht.

Der Schwindel und Betrug en gros wurde, wie wir unter Anderem bei Gelegenheiten der Verhandlungen gegen den Millionendieb Dfenheim bemerkt haben, auch in Norddeutschland in den letzten Jahren äußerst schoungvoll betrieben. Daß wir Recht hatten, dafür kommen jetzt ganz unerwartete Beweise. Ein Artikel der rumänischen „Reforma“ stellt für Berlin einen Prozeß à la Dfenheim in Aussicht. Das Blatt schreibt:

„Nach uns aus sicherer Quelle zugegangener Nachricht ist von Rumänien aus gegen den aus folgenden Personen bestehenden Aufsichtsrath der Rumänischen Eisenbahn-Actien-Gesellschaft, als: 1. Geheimen Commerzienrath v. Hausmann, 2. Geheimen Commerzienrath von Pleischroder, 3. Geheimen Ober-Finanzrath a. D. Scheele, 4. Geh. Regierungsrath a. D. Dr. Reinhardt, 5. Oberbürgermeister a. D. Miquel, 6. Bankier Salomonson, 7., 8., 9. die Justizräthe Wiener, Reim und Krüger, 10. Rechtsanwalt Wölkel, eine Klage wegen Betrugs, Untreue und Verdunkelung der Vermögenslage der Gesellschaft an die Königlich Preussische Staatsanwaltschaft eingereicht worden. Wenn diese Herren für Schuldig befunden werden, was bei der Ehrenhaftigkeit und Unbeschlichkeit der Preussischen Staatsanwaltschaft und des Preussischen Richterstandes nicht zu bezweifeln ist (!), dann müssen dieselben nach den §§ 263 und 266 des Strafgesetzbuches für das deutsche Reich und nach § 249 des deutschen Handelsgesetzbuches mit längerer Gefängnißstrafe, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte resp. des Adels bestraft werden. Es würde hier der eigenthümliche Fall eintreten, daß die beiden erstgenannten Herren, welche für das Verdienst, das sie sich um die rumänische Eisenbahn-Angelegenheit erworben haben sollen, geädelt sein sollen, ihren Adel für dieselbe Angelegenheit wieder verlieren würden.“ Wir wollen nun einmal sehen, ob in Preußen das Recht oder Geldmaß obenan steht. Wir werden dann die Ueberzeugung erlangen, ob auch den Berliner Geschworenen das Rechtsbewußtsein abhanden gekommen ist; ob sie ebenso, wie ihre Wiener Kollegen den Betrug en gros für erlaubt erklären werden.

Die „Deutsche Eisenbahn-Zeitung“, der wir vorstehende Notizen entnehmen, veröffentlicht einen ihr in dieser Richtung zugegangenen Brief. In demselben heißt es u. A., daß die Dfenheim'schen Betrügereien winzige sind im Vergleich zu denen, welche sich der Aufsichtsrath der rumänischen Eisenbahngesellschaft hat zu Schulden kommen lassen. Wir sprechen das nächste Mal weiter über die Sache!

Den Rückgang des Nationalliberalismus will die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ durchaus nicht eingestehen; sie grämelt über die „sonderbare Logik“ des „Volksstaat“, der aus der Lauenburger Wahl den beginnenden Verfall ihrer Partei hervorleuchtet und giebt sich alle erdenkliche Mühe, ihr Unbehagen, das gestern oder vorgestern in einer Bemerkung über das Verfahren der Gerichte gegen die „Frankfurter Zeitung“ sehr deutlich zu Tage trat, unter der Maske einer nur zu offenbar erkünstelten Heiterkeit zu verbergen. In unserm alten — wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ gesteht — „erfreulichen Wohlwollen“ für alles Rational-servile — oder, um mit der „Deutschen Eisenbahn-Zeitung“ zu reden, Nationalannibalische — machen wir unsere liberale Dusenfreundin auf ein neues Werkmal des Rückganges ihrer Partei aufmerksam. In Hannover hat nämlich seit der letzten Reichstagswahl der Liberalismus ca. 1000 Stimmen verloren, während wir zwischen 5 und 600 gewonnen haben. Die „Deutsche Allgemeine“ wird sich also schon an die Thatsache gewöhnen müssen, daß immer weitere Kreise des Volkes die Reichserbschaft als das erkennen, was sie ist — nämlich als eitel Blendwerk! Armer Nationalliberalismus! So jung noch und so feist und dennoch die Schwindsucht haben — welch' betäubendes Schicksal!

Offenherzige Brieflieberei in Oesterreich. Daß dem „Volksstaat“ in Oesterreich der Postverschleiß entzogen worden, ist eine alte Geschichte; daß die österreichischen Staatsretter aber auch in das Innere der verschlossenen Briefe zu dringen verstehen und zu bringen das Recht haben, in welchen einzelne Exemplare unseres Blattes an ihre Abonnenten befördert werden, ist neu. Die betreffenden Postbehörden eröffnen augenscheinlich ganz ungenügend jedes Schreiben, in dem sie den „Volksstaat“ vermuten; finden sie ihn wirklich vor, so schicken sie ihn sofort an das Postamt Leipzig „diensthöflich zur weiteren Verfügung“ zurück. Ein Briefgeheimniß existirt also in Oesterreich nicht; jeder Staatsbürger wird vielmehr behandelt und in seinen Verbindungen kontrollirt wie ein Staatsgefängener. — Bei dieser Gelegenheit sei noch eines l. l. österreichischen Dienstschreibens Erwähnung gethan, das uns zur Einsichtnahme amtlich übermittelt worden ist. Dasselbe zeichnet sich durch seine Naivetät in erheiternder Weise vor anderen, meist erschrecklich langweiligen, amtlichen Aktenstücken aus und beweist gleichfalls das Recht, welches unsere Expedition in ihren Bestrebungen, den „Volksstaat“ in Oesterreich an den Mann zu bringen, verfolgt. Es lautet:

Die beiliegenden 3 aus Leipzig an den Gewerksverein der Holzarbeiter in Graz eingelagerten Briefe müßten vom hiesigen Postamt dem l. l. Landes- als Untersuchungsgericht in Graz vorgelegt werden, weil der damalige Obmann dieses Vereins in gerichtlicher Untersuchung stand. Das l. l. Landes- als Untersuchungsgericht hat nun laut Note v. 17. d. M. Z. 6050 diese drei Briefe gesuffet und da der Inhalt zur Voruntersuchung nicht benützt wurde (!), dieselben über Beschluß der Rathskammer im offenen Zustande zur weiteren Verfügung anher übermittelt. Sämtliche drei Briefe enthalten Exemplare der periodischen Zeitschrift „Der Volksstaat“, welcher laut Erlasses des l. l. Handelsministeriums v. 3. Dez. 1869 Z. 23589 das Postdebit für den Umfang der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder entzogen worden ist. Gemäß der vom l. l. Handelsministerium

unterm 25. Februar 1873 Z. 4008 über die Behandlung der verbotenen Zeitschriften erlassenen Normen werden die mehrerwähnten drei Briefe der löblichen kais. Oberpostdirektion zur gefälligen weiteren Verfügung diensthöflich übersendet. Graz, 23. Juli 1875. Für den l. l. Oberpostdirektor: Fischer.

Künftighin werden wir natürlich aus purer Gefälligkeit gegen die liebenswürdigen l. l. Untersuchungsgerichte nur solche Briefe an unsere Freunde in Oesterreich senden, deren Inhalt zur Untersuchung benützt wird — etwas Attentäterliches, Hoch- oder Landesverrätherliches und was dergleichen mehr ist! Man muß der wirklich göttlichen Justitia unserer — mit Verlaub zu sagen — Kulturstaaen ihr segensreiches Wirken in der That etwas weniger sauer machen.

— Zur Fortführung des „Kulturkampfes“ gegen die „Frei. Bl.“ schreibt diese:

„Frankfurt, 5. Aug. Heute hat sich unser Colleague, Herr Dr. L. Holtz, gegen den ein Verhaftsbefehl wegen Zeugnisverweigerung erlassen ist, freiwillig ins Gefängniß auf dem Klappertfelde begeben. Es befinden sich nunmehr fünf Redactoren der „Frankfurter Zeitung“ in Haft. Herr Höch verbißt seine sechs Monate in Ziegenhain; die Herren Curti, Dr. Holtz, Sewigh und Dr. Stern sind im hiesigen Untersuchungsgefängniß untergebracht.“

— Ueber den in Blut erstickten Strike der Arbeiter am Gotthard-Tunnel hat die kapitalistische Presse mit frecher Stirne in die Welt hinausgezogen, die Arbeiter hätten die Maschine und den Tunnel in die Luft gesprengt. Der „Frankfurter Zeitung“ vornehmlich gebührt das Verdienst, die Wahrheit an den Tag zu bringen. Sie läßt sich unterm 1. August aus der Schweiz schreiben:

„Die Nachrichten über die Gschener Katastrophe lauten zwar noch unklar genug, doch steht jetzt wohl so viel fest, daß weder die Maschine noch der Tunnel selbst von den Arbeitern in die Luft gesprengt worden ist, wie von sensationelustigen Correspondenten behauptet wurde. Die Berichte, welche über die Ursachen des Konflikts bisher verbreitet wurden, flossen fast durchweg aus offizieller Quelle, und klares Licht wird darüber erst die Untersuchung bringen, welche das eidgenössische Handelsdepartement angeordnet hat. Zu der Forderung auf Lohnerhöhung und Ventilation gestellte sich noch, wie mit aller Bestimmtheit von unterrichteter Seite versichert wird, auch die Forderung, das verhaftete „Trachsystem“ zu beseitigen, das der Unternehmer Favre eingeführt hatte und das die Arbeiter dazu vernichtete, ihre Lebensmittel aus seinen Depots zu beziehen. Herr Favre läßt dies als aus der Luft gegriffen im Abrede stellen. Auch Verkürzung der Arbeitszeit forderte man; und diese Forderung dürfte bei der mühevollen, die Gesundheit im höchsten Grade gefährdenden Arbeit um so mehr berechtigt erscheinen, als sie den Fortschritt der Arbeit selbst nicht hemmte. Die Wärme und der Dampf sollen sich im Tunnel in der letzten Zeit auch in unerträglicher Weise gesteigert haben. Die Löhne waren schlecht, und wenn man heute auf die Ersparnisse weist, welche die Italiener nach Haus senden, so verschweigt man, daß sie erbärmlicher leben als der deutsche Lohnarbeiter und sich mit Polenta (ein Brei aus Maisgrübe, auch zerriebenen oder gedörrten Kartoffeln mit Milch) begnügen, wo dieser eine bessere Nahrung verlangt. Das „Baterland“ bezeichnet nach den Erhebungen Berner Ingenieure die Löhne als „quantitativ und qualitativ“ so schlecht, daß sich das Handelsdepartement damit beschäftigen würde.“

— Ueber den Zustand in der Herzegowina liegen Nachrichten vor, denen zufolge derselbe ganz gewaltig an Ausdehnung gewinnt. Den Insurgenten, die den Türken in fortgesetzten Kämpfen schon drei Geschlechte abgenommen haben sollen, haben sich weitere Ortschaften angeschlossen und die Zahl der Bewaffneten wird bereits auf 8000 geschätzt. Sie sollen schon daran denken, Trebinje, eine größere Stadt und starke Festung an der österreichischen und montenegrinischen Grenze zu belagern. Ein soeben angelangtes Telegramm aus Konstantinopel berichtet von Erfolgen der türkischen Truppen bei Jabuscha und Newestnje; aus der Fassung desselben jedoch, daß die Insurgenten zerstreut und mehrere Anführer derselben getödtet worden seien, während die Truppen nicht gelitten hätten, geht hervor, daß diese Nachricht sehr unzuverlässig ist.

— Aus Sangerhausen wird uns geschrieben: Gestern, den 4. August, Mittag gegen 12 Uhr wurde Parteigenosse Wilhelm Gunkel von seiner Arbeit weg verhaftet. Er wird beschuldigt des Bergehens der Majestäts- und Bismarck-Beleidigung, welche er in einem öffentlichen Local in der Nacht vom 1. bis 2. ds. Mts. begangen haben soll. Ferner wurden vorige Woche die Parteigenossen Julius Fuchs und Otto Deistung, ersterer z. B. in Apolda, je mit 9 Km. ev. 3 Tagen Gefängniß von Polizeiwegen bestraft. Es wird ihnen zur Last gelegt, durch tumultuarisches und exzessives Benehmen des Nachts (Singen eines harmlosen Liedchens) die öffentliche Ruhe gestört zu haben. Für gewöhnlich kommen Ruhestörer mit einer Geldbuße von 3 Mark weg.

— Man schreibt uns aus Oesterreich: Die Parteigenossen werden angeht die vielfachen Hausdurchsuchungen hiermit dringend gebeten, ihren Papieren, Briefen u. größere Vorsicht zuzuwenden. Es mangelt dem Grazer Staatsanwalt augenscheinlich an Material für seinen Hochverrathesprozeß, so daß die unbedeutendsten Papiere, die aufgefunden werden, zum Gegenstand langwieriger Verhöre und Nachforschungen genommen werden. Hierdurch wird aber die Untersuchungsbahn der Beschuldigten ins Unendliche verlängert. Im Interesse der Inhafteten wird daher um Vorsicht gebeten.

NB. Die in Oesterreich Verbreitung genießenden Parteiblätter werden um Notiznahme ersucht.

— Der vor einiger Zeit in Agram unterdrückte „Arbeiterfreund“ erscheint seit dem 8. August unter dem neuen Titel: „Neuer Arbeiterfreund.“ Das Blatt ist in kroatischer und deutscher Sprache geschrieben und vertritt den radikalen Standpunkt in der Arbeiterbewegung.

— Die Verfolgungen, mit denen man unsre Genossungen in Oesterreich heim sucht, sind in einen wahren Keuzzug angeartet. So lesen wir in der „Gleichheit“ vom 7. August folgende Erbaulichkeiten: „Genosse Ferdinand Pastor in Neutitschein wurde am 11. Juli unter Gendarmeriebegleitung nach Brünn eskortirt. Hausdurchsuchungen fanden bei vier Arbeitern in Warasdin statt. Verhöre in Triest, Brüssel, Br. Neustadt und Graz, an letzterem Orte, wie man uns mittheilt, mindestens fünfzig (!). In Salzburg

wurde eine Versammlung mit der Tagesordnung: Der Referententwurf einer neuen Gewerbeordnung, über den schon in hundert Versammlungen gesprochen wurde, verboten. Der Brünner Streik durfte in einer Grazer Versammlung nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden, in Wien war es erlaubt. Es lebe die Gleichheit vor dem Gesetz!“

Die Feinde der Sozialdemokratie kennen die Weltgeschichte nicht, sie würden sonst von dem scutlosen Beginnenden Abstand nehmen, eine Idee zu unterdrücken, die sich die Wohlfahrt des Menschengeschlechts zum Ziele gesetzt hat. — Und wenn Ihr mit Pulver und Blei gegen uns zu Felde zieht, wir werden siegen. Hoch die Sozialdemokratie!

### Innere Partei-Angelegenheiten.

Zu Agenten des Vorstandes wurden ferner ernannt für Galbe a. S.: L. Schönian, Grünberg: Eberfeld: F. Harm; Böselig: H. Keller, J. Rasche; Gotha: E. Gieseke, D. Gieseke; Henningstedt: J. Weigold, J. Groth; Lauenburg: J. Jandt; Leipzig: P. Reeb; Mainz: P. J. Klug, Raibach; Meldeorf; Fr. Holm; Odeleben: F. Weißbrodt, O. Franz; Dggersheim: J. Durov, H. Meyzer; Oldendorf: A. Alwelt, H. Hensath; Pögned: R. Hochstein, H. Harraß; Uelzen, R. Schneeweiß, F. Golttermann; Verden: M. Günther, F. Körner; Wöhrden: J. Rathmann, R. Hener.

Wir bitten, bei neuen Anmeldungen die genauen Adressen beider Agenten anzugeben.

Hamburg, 7. August 1875.

Mit sozialdemokratischem Gruß

J. A.:

A. Geib, E. Derossi, große Rosenstraße 36, II.

### Gewerksgenossenschaftliches.

Gewerkschaft der Holzarbeiter.

Hamburg. Die Gewerkschaften von Hamburg, Altona und Harburg werden hiermit eingeladen, sich am Sonntag den 8. August, Nachmittags präcise 3 Uhr bei

Constituierung des Ausschusses

bei Burmeister, großer Neumarkt, zahlreich einzufinden.

Bruno Moje.

Allgemeiner Tischler- (Schreiner-) Verein.

Berlin, 5. Aug. Der Strike in Osnabrück dauert hartnäckig fort, Zuzug ist streng fern zu halten. Gleichzeitig sind Geldunterstützungen noch dringend nöthig. Dieselben sind zu senden an Drthwein in Osnabrück, Kamp 50 bei Pille. Die in den Berliner Werkstellen gesammelten Gelder sind im Vereinsbureau, Alexanderstr. 31 abzuliefern.

W. Schmitz, Vorsitzender.

Verein der Sattler und Berufsgeossen.

Berlin. Am 20. d. M. constituirte sich die durch Beschluß der Generalversammlung hierher verlegte und von der Mitgliedschaft gewählte Kommission der Militärarbeiter und sind die betreffenden Personen schon bekannt gemacht. Der Zweck dieser Commission ist: Eine enge Verbindung der Militärarbeiter Deutschlands herbeizuführen, da gerade in dieser Branche, wo die Großproduction am schärfsten ausgeprägt ist, die Preise von den Collegen selbst heruntergedrückt werden, weil dieselben nicht wissen, was für Preise an andern Orten gezahlt werden, was aber dann nicht mehr vorkommen kann, wenn sämtliche Militärarbeiter Deutschlands einig unter sich sind.

Collegen! Wir fordern Euch daher alle auf — ob Vereinsmitglieder oder nicht — in jeder Fabrik, in jedem Orte zusammenzutreten und Personen aus Eurer Mitte zu wählen, die eine Zusammenstellung der gezahlten Accordlöhne für jede einzelne Arbeit mit Beifügung der Anzahl, in wieviel dieser hergerichtet, zu machen und dieses der Commission zu übersenden. Wenn dieses geschehen, soll von der Commission ein Uebereinkommen mit Allen getroffen werden, um einen Tarif ausgearbeitet, welchen wir dann durchzusetzen alles anbieten müssen.

Jedes Einzelnen Pflicht ist es aber, sobald ein neuer Artikel auftritt, sofort die Vertrauensperson zu unterrichten, welche dann sofort die Commission genau informieren muß, um es möglich zu machen, noch ehe der Artikel allgemein verfertigt wird, den dafür zu zahlenden Lohn festzusetzen, unter dem dann auf keinen Fall gearbeitet werden darf. Auf diese Art muß es uns möglich werden, die Löhne so zu regeln, daß sich unsere Lage in etwas bessert. Auch können wir vielleicht hierdurch die Collegen, die sich von unserm Verein fern halten, wenn sie sehen, daß wir ernstlich bemüht sind, etwas zu erzielen, zu uns herüberziehen. Thue nun ein Jeder seine Schuldigkeit, damit die Commission nicht nur dem Namen nach existirt, sondern auch thätig eingreifen kann, womöglich schon bei der nächsten guten Geschäftsperiode, die doch nun bald kommen muß. Bringt uns auch Euer volles Vertrauen entgegen, das zu rechtfertigen wir uns bemühen werden.

Alle Briefe in dieser Angelegenheit sind an Unterzeichneten zu senden.

Mit collegialischem Gruß

L. Friebel,

bei Schall, Lindenstraße 24, Hof 1 Treppe.

NB. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden ersucht, dieses in ihr Blatt aufzunehmen.

Berlin. Kassenbericht der Centralkasse pro Monat Juli. Einnahme: Von der Mitgliedschaft Dresden Mk. 20,55; von der Mitgliedschaft Barmen 1,10; von der Mitgliedschaft München 1,0; Summa 22,65. Ausgabe: Abonnement des „Volksstaat“ 0,75; zweite Rate an den Stenographen 30,00; nachträglich vom Stenographen gefordert für entfallende Mehrarbeit und vom Vorstand bewilligt 5,00; für Schreib-Utensilien 2,15; für Emballage 0,90; zur Anzahlung der Reiseunterstützung nach Ebla 15,00; für Reinschrift des Protokolls 9,00; Porto für versandte Briefe und Pakete 5,40; Gehalt des Vorsitzenden 10,00; Gehalt des Kassirers 15,00; Summa 93,20. Bilanz: Einnahme 22,65. Ausgabe 93,20. Ist Defizit 70,55. Bestand pro Juni 277,07. Bleibt Bestand Mk. 206,52.

Mit Gruß Th. Weber, Kassirer, Simonstr. 6.

Berlin. Sonnabend den 31. Juli fand die Neuwahl des ersten Vorsitzenden statt, und wurde hierzu W. Births, Alexandrinenstr. 116, gewählt. An Stelle Births wurde in die Control-Commission gewählt: Lewin, alte Jakobstr. 26.

Ich ersuche nun die Vertrauensmänner, die Urabstimmung binnen kürzester Zeit vorzunehmen und das Resultat in 14 Tagen dem Unterzeichneten einzusenden. Von den Mitgliedschaften, welche



in der vorgeschriebenen Frist noch keinen Bericht eingekandt haben, wird angenommen, daß sie mit der Wahl des Vorbenannten einverstanden sind.

Mit Gruß  
A. Coenen, Stellvert. Vorsitzender,  
pr. Adv. Frau Wirths, Friedrichstr. 10.

**Krankenkasse der Gewerkschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter beider Geschlechter.**

**Grimmitzschau.** Rechenschaftsbericht über vom 1. April—30. Juni 1875 eingegangene Gelder.

Grimmitzschau Marx 8.90, Meerane 4.30, Gotha 4.20, Frankenberg 8.64, Großhain 42.60, Aueburg 5.45, Gohaus 14.04, Niederrabenstein 1.80, Dresden 8.00, Ribbagaushausen 16.80, Apolda 6.48, Oera 9.00, Leisnig 17.80, Friedrichshau 6.02, Schöppensiedt 6.20, Rowawes 3.60. Unterstützung erhielt: Braunschweig 60.00.

Für die Vorortverwaltung:

Anton Bösch, Kassier, Grimmitzschau, Turnhallenstr. 303 C.

Für den Aufsichtsrath:

A. Thierfelder, Vorsitzender, Turnhallenstr. 312 C.

Genossen! Verschiedene Umstände haben es nothwendig gemacht, eine Generalversammlung der Gewerkschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter auf den 19. und 20. September d. J. nach Apolda einzuberufen. Da nun die Krankenkasse ein Zweig oder besser, eine Abtheilung (Section) der Gewerkschaft ist, und es recht eigentlich Pflicht eines jeden Mannes und jedes Weibes ist, beiden Abtheilungen wegen der Unterstützung in Fällen von Mangel und Bedrückung von Seiten der Arbeitgeber oder Behörden (S. Gewerkschaftstatuten) u. s. w., als auch in Krankheitsfällen anzugehören, so erlassen auch wir die Aufforderung zur schleunigsten Wahl von Delegirten. Wir hoffen, daß jeder Ort es als Ehrensache betrachtet, einen Vertreter zur Generalversammlung zu senden, wo die Zahl zu gering ist, mögen mehrere Orte zusammenreten. Man veranstalte freiwillige Sammlungen, um die Ortskasse zu schonen. Anträge und etwaige Mandate möge man baldigst an A. Thierfelder, Turnhallenstr. 312 C in Grimmitzschau, einleiten.

Genossen! Der obige Bericht über die eingegangenen Gelder ist ein Beweis, wie summselig viele Orte sind, nicht einmal die Hälfte hat rechtzeitig ihren Beitrag eingekandt. Magdeburg läßt gar nichts von sich hören, ebenso Berlin, Bielefeld, auch Breslau und Deuben rühren sich nicht, Mühlhausen, Mühlhauensdorf, Rudolstadt, Weiskirchen u. s. w. stehen so zu sagen nur auf dem Papier. Die mehr als einmal erlassene Aufforderung behufs Einlieferung der bis 31. December 1874 angefallenen Abrechnungscheine (siehe letzte Kreuzbandsendung „Volkstaat“ Nr. 51, auf welche Bekanntmachung wir noch einmal ganz ausdrücklich aufmerksam machen) sowie die Aufforderung zur Einlieferung eines Berichtes über locale Verhältnisse u. s. w. ist bis dato nur befolgt worden von Großhain, Aueburg und Braunschweig auf ganz besonderes Verlangen, hingegen sandte Oera, wie immer, seine Abrechnungen und Scheine pünktlich.

Mit Gruß

A. Thierfelder, Vorsitzender des Aufsichtsraths,  
Turnhallenstr. 312 C.

## Correspondenzen.

**Gohlis bei Leipzig.** Nach längerem Schweigen wollen wir wieder Einiges aus „unserem“ Gohlis berichten. Zunächst sollen die nachfolgenden Zeilen den Zweck haben, unserem „geehrten“ Gemeinderath in etwas unter die Arme zu greifen, ihm aus einer Verlegenheit zu helfen; wenn dies ein wenig unanständig geschieht, so ist der „Gelehrte“ selbst schuld, warum macht er's nicht besser. Ein Paragraph der gemeinderathlichen Geschäftsordnung verlangt nämlich, daß ein Gemeinderaths-Mitglied über die stattgehabten „Rathssitzungen“ in einem Leipziger Lokalblatte Bericht zu erstatten hat; beauftragt damit ist Herr Paulus. Das Gemeinderaths-Mitglied Herr Haugl kann nun gar nicht einschicken, warum in diesem Jahre, wo er in den Gemeinderath eingetreten ist, fast noch gar nichts veröffentlicht wurde und interpellirt darüber zu wiederholten Malen den Gemeinderath, worauf er von Herrn Paulus belehrt wird, daß die Redaktion des „Leipziger Dorfanzigers“ mit der Veröffentlichung keine Eile habe, daß aber außerdem er, Herr Paulus, wegen Mangel an Zeit die Berichte nicht rascher liefern könne. Wer ist Paulus? werden Manche fragen. Demen zur Antwort, daß genannter Herr seit Neujahr hier Gemeindevorstand ist, mit jährlich 2400 Mark bezahlt wird — und zwar aus dem Gemeindefiskus bezahlt wird — und daß derselbe die Aufgabe hat, „Ordnung“ und „Frieden“ zu schaffen in der Gemeinde, was er wahrscheinlich dadurch zu erreichen gedenkt, daß er Verordnungen, Strafanordnungen u. dgl. erläßt, wovon man in Gohlis früher allerdings weniger merkte, — außerdem hat sich Herr Paulus noch einen Polizeibehrer angeeignet. — Jetzt wollen wir nun zu unserer Aufgabe, den Gohlisern über die Gemeinderathssitzungen zu berichten, schreiten; können aber in Rücksicht auf den kostbaren Raum des „Volkstaat“ einerseits und die lange Einleitung andererseits für heute nur in aller Kürze über das neu geschaffene Ortsstatut referiren, jedoch geben wir das Verprechen, bald wieder zu kommen. Bekanntlich arbeitete der Gemeinderath seit Anfang vorigen Jahres an einem neuen Ortsstatut; und zwar hat man bis Ende Mai dieses Jahres, also mindestens ein Jahr, dazu gebraucht, um die paar Paragraphen fertig zu stellen! Man hätte nun meinen sollen, daß ein wahres Musterstatut aus dem Schooße des Gemeinderathes hervorgehen würde, um so mehr, als Herr „Professor“ Seydel — von seinen Verehrern bekanntlich das „Jewel von Gohlis“ genannt — in erster Linie als Vater des Ortsstatutes anzusehen, und derselbe auf seine Vaterpflicht gar stolz war. Aber weit gefehlt! Der Wechselbalg von Ortsstatut war selbst der königl. Amtshauptmannschaft zu wenig „wohlgebildet“. In einer Zuschrift betr. des Ortsstatutes wurde — abgesehen von verschiedenen redaktionellen Monitis — dem Gemeinderath von, was man so sagt, eine „Rase“ zu Theil. Derselbe hatte in seinem Eifer, wenigstens einige „rothe“ Gohliser Einwohner von der Berechtigung zur Gemeinderathswahl auszuscheiden, nachdem er von dem bekannten „Schlafurischen-Ausschlag“ vernünftigerweise abgekommen war, es recht pfiffig anfangen wollen, und in Betreff der Wahlberechtigung die Bestimmung in das Statut aufgenommen, daß man mindestens ein Jahr im Orte wohnen müsse, um wählen zu können. Die kgl. Amtshauptmannschaft bemerkt dazu: „Die Paragraphen der revidirten Landgemeindevorordnung vertragen zwar eine erweiterte Auslegung, nicht aber eine Beschränkung; eine solche sei aber die angeführte Bestimmung und müsse darum gestrichen werden.“ — Das mußten sich die freisinnigstimmenden Herren sagen lassen, und können die Gohliser froh sein, daß die kgl. Amtshauptmannschaft den Reaktionsgeistlichen des Gemeinderathes wenigstens in diesem Punkte

einen Damm setzte. Im Uebrigen enthält das neue Ortsstatut noch eine famose Bestimmung, wonach der Gemeinderath aus folgenden Personen besteht: 1 Vorstand, 2 Gemeindefürsorge und 16 Ausschussspersonen; die letzteren „getheilt“ in zwei Klassen, in Vertreter der Ansfässigen und Unanfsässigen. Da die Herren einmal beim „Theilen“ waren, so „theilten“ sie die Klasse der Ansfässigen wiederum in zwei Klassen, und zwar in eine erste und zweite Klasse. Die erste (große Grundbesitzer) erhält von den 16 Ausschussspersonen 8, sage acht, die zweite Klasse (kleine Grundbesitzer) 4, also die Ansfässigen 12; die übrigen 4 Ausschussspersonen sind die Vertreter der Unanfsässigen. So wurde vom Gemeinderathe fast einstimmig beschloffen, und als Gegenleistung dem Gemeindevorstand die gemeinschaftliche Wahl zugesandt, so daß von nun an die Klassen nicht mehr jede für sich, sondern zusammen wählen. Wie man dabei fahren wird, das mag die Zeit lehren. (Nebenbei nur wollen wir bemerken, daß Herr Kirten gerade bei Berathung der wichtigsten Paragraphen des Ortsstatutes „dringender Mehrgeschäfte wegen“ beurlaubt war.) Ein Commentar zu den acht Ausschussspersonen der 1. Klasse der Ansfässigen ist wohl überflüssig, aber hoffentlich nimmt der Arbeiterverein wegen des Ortsstatutes Veranlassung zu einer öffentlichen Versammlung, da der sog. „Vorwärts“ von der bevorstehenden Sedansfeier zu sehr in Anspruch genommen ist. — Wann findet die Neuwahl des Gemeinderathes statt? Die „Herren“ rühren sich nicht.

**Lindenau bei Leipzig, 26. Juli.** Am 23. d. fand hier im Saal der „Guten Quelle“ eine äußerst zahlreich besuchte Volksversammlung statt. Herr J. Kotteler aus Leipzig hatte das Referat übernommen und lautete die Tagesordnung: „Das Verhalten unserer Localpresse zu den Lohnherabsetzungen und die Bestrebungen der Sozialdemokratie“. Die Veranlassung zu dieser Tagesordnung gab ein Artikel in Nr. 28 des „Plagwitz-Lindenauer Wochenblattes“, überschrieben „Die Lohnherabsetzungen“. Ein Herr R. versuchte in bewußtem Artikel nachzuweisen, daß die beiden Hauptursachen der gegenwärtigen Geschäftsleere, der Gründungsschwindel und die Streikwuth der Arbeiter seien. Mit dem Gründungsschwindel sei es vorbei, das Publikum sei gemüthigt, aber die Streikwuth der Arbeiter habe sich noch nicht gelegt: So sei es z. B. den Arbeiterführern gelungen, in Brünn einen großen Weberstreik in Scene zu setzen. Rathlich benutzte dieser kleine Scribist das bekannte Camphausen'sche Rezept, um sich bei seinen Brodgebern in Gnuß zu setzen. Kotteler kritisirte in 2ständiger, öfters von minutenlangem Beifall unterbrochener Rede obiges Nachwerk; derselbe wies aus nationalliberalen Zeitungen und namentlich aus verschiedenen Artikeln des schwarz-weißen „Leipziger Tageblattes“ treffend nach, daß durch die sogenannten glorreichen Erzeugnisse der Jahre 1870/71 die unheilvollen Triebe und Leidenschaften in unserer Wirtschaftslieben entsefelt worden seien. Die nationalliberale Presse habe in einträglichen Annoncen und Subscriptionsaufforderungen zur Theilnahme an Actienunternehmen und schwindelhaften Gründungen die jetzige so heuchlerisch beklagte Krise mit verschuldet, und es seien nicht die Arbeiter, sondern die Großfabrikanten mit ihrer unfinnigen Produktionsweise und die Waarenspekulanten mit ihrer gegenfeitigen Halbabschneiderpraxis die eigentlichen Schöpfer der Krise. Zum weiteren Beweis hierfür verlas der Redner aus dem „Leipziger Tageblatt“ Nr. 6 vom 6. Jan. d. J. das Referat eines Herrn Dampf und Anderer, gehalten auf dem deutschen Fabrikantentag. Dieser müsse doch wohl mehr Einblick in die Produktionsverhältnisse, als der „gelehrte“ Mitarbeiter des Plagwitz-Lindenauer Wochenblattes haben, und daß er sich gekümmert, die Arbeiter für die Geschäftsleere verantwortlich zu machen, vielmehr offen erklärt habe, daß das Mißverhältnis der Production zur Consumption und die unfinnige Ueberproduction die Krise herbeigeführt, verkündige ja die liberale Presse selber. Die Handelskrisen in England, so heiße es wörtlich in dem Tagesblattberichter, ließen sich in ihren Ursachen in der Regel auf die Ueberproduction zurückführen u. dgl. Der Herr Artikelschreiber möge sich nur die Nummer des betreffenden Blattes genau auf- und sich selbst vor Allem hinter die Ohren schreiben, was er daraus lernen könne; er werde finden, daß seine Schreiberei auf eitel Unkenntniß beruhe, und daß er in der That noch Mancherlei lernen müsse, bevor er sich über soziale Zustände breit mache. — Was das Streikwesen seitens der Arbeiterführer betreffe, so möge sich nur genannter Herr erst genauer über die Ursachen des Brünnener Streikes informieren, ehe er in so absurder Weise denunzire und urtheile, jedenfalls würden die Gesinnungsgenossen von Lindenau-Plagwitz dafür sorgen, daß in einer spätern Versammlung den Gegnern, und namentlich dem Herrn Artikelschreiber Gelegenheit gegeben werde, sich mündlich gegenüber den Ausführungen des Referenten zu rechtfertigen, oder denselben zu widerlegen. In Nr. 245 der „Leipziger Nachrichten“ hat Herr R. bereits einen entstellten Bericht über die Versammlung gebracht und beschwert sich bitter, daß dem Gegner durch das zu lange Sprechen die Gelegenheit zur mündlichen Entgegnung abgeschnitten worden sei. Nun Herr R., die nächste Versammlung sollen auch Sie 2 Stunden Zeit zur Begründung Ihrer Behauptungen haben und wir sind sehr gespannt, wie Sie sich der Ihnen vom Referenten betrefsenden Brünnener Arbeitseinstellung nachgewiesenen Unwahrheit erwehren werden. Es gibt zwar Leute von ungeheurer schwerem Verstand, und da wir Sie unter diese zählen, so wollen wir Ihnen die Bewirkung Ihres Nachrichtenberichtes nicht allzu sehr anrechnen und hoffen, daß Sie die Rüge bis zur nächsten Versammlung benutzen werden, Ihr Material zu säubern und unserm Referenten dann recht wirkungsvoll zu begegnen. Oder verlassen Sie sich lieber auf das Jägerglück wie Ihr College von der „Jagzeitung“? — Da der Referent, wie Sie selbst in den „Nachrichten“ sagen, Satz für Satz Ihres Artikels kritisiren mußte, so fällt Ihnen selbst der Umstand zur Last, daß Sie bis 11 Uhr nicht mehr zum Worte kamen. Wir werden uns beeilen, Ihnen recht bald Gehör zu verschaffen. — Die Lohnherabsetzungspraxis empfahl Referent doch auf die bekannten Reize auszudehnen, die so reich mit Gehaltsaufbesserungen bedacht worden seien und gab hierauf gegenüber den verschiedenen gelehrten Anläufen des Artikelschreibers in einer Darlegung der heutigen Wirtschaftsgrundzüge und -Sünden, die in höchsten Kreisen selbst Geltung erlangt haben, dem Herrn R. Veranlassung zu der namenlosen Verwirrung, die dieser in dem Nachrichtenberichte verewigt hat. Nach diesem erschöpfenden, von der Zuhörerschaft mit größter Aufmerksamkeit entgegengenommenen Bericht, fragte der Vorsitzende, ob Jemand das Wort zur Fragestellung oder Entgegnung haben wolle. Die Zeit sei zwar nach Vorschrift der Polizei knapp gemessen, es werde indeß Sorge getragen werden, daß in Kürze eine Fortsetzung der heutigen Versammlung stattfinde, volle Redefreiheit solle Jedermann verbürgt werden. Den Gegnern schien dieser Umstand sehr gelegen und deshalb meldete sich Niemand. Es erhielt sodann vor Schluß der Referent noch einmal das Wort zu einer Erklärung, die er betrefsend eines in Nr. 29 des „Wochenblattes“ für Lindenau und Plagwitz mitgetheilten Schimpf- und Drohbrieves abzugeben hatte. Dieser Brief sollte von einem angeblich zum Sozialis-

mus Bekehrten verfaßt sein, und es hatte die Redaktion das Nachwerk mit dem Bemerkel eingeführt, daß es für sich selbst rede und schließlich in Klammern die Noth angefügt, daß wenn dieser Brief einige Tage vor der Gemeinderathswahl bekannt worden wäre, mindestens 3 Sozialdemokraten mehr gewählt worden wären. Referent sagte, er habe im Namen seiner Partei und deren Freunde zu erklären, daß nach ihrem Dafürhalten diesen Brief ein Lump geschrieben haben müsse und mit Rücksicht auf das redactionelle Anhängsel, welches unsere Partei in directe Beziehung zu dem Schriftstück zu stellen versuche, müsse er wiederholen, daß diesen Brief auf alle Fälle nur ein Lump geschrieben haben könne. Er bedauere dieses derbe Wort gebrauchen zu müssen, allein es gebe zur Zeit in der deutschen Sprache noch keine passendere Bezeichnungen für gewisse Handlungen der Feigheit und Denunziation. — (Herr R. behauptet in den Nachrichten, gehört zu haben, Kotteler habe gesagt, daß dieser Brief von einem „Lump“, aber von keinem Sozialdemokraten geschrieben worden sei! Ei, ei Herr R., was Sie doch schlau sind!) — Nachdem noch der Vorsitzende Theile bekannt gegeben hatte, daß die Ortspolizei die Erlaubniß zur Abhaltung der Versammlung nur unter der Bedingung ertheilt habe, daß dieselbe nicht über 11 Uhr dauere, forderte derselbe in Anbetracht des Gehörten die Anwesenden zu zahlreichem Abonnement des „Volkstaat“ und „Neuen Sozialdemokrat“ sowie zum Beitritt in die Partei auf. — Dem Herrn Artikelschreiber R. wird es aber schwer fallen, in Anbetracht der von mindestens 5—600 Personen besuchten Versammlung und deren Verlauf den „Rückgang der Sozialdemokratie“ zu constatiren. Indeß, bei den Nationalliberalen und ihrer Presse ist ja Alles möglich und der Referent hat mit Recht erklärt: Die nationalliberale Presse lügt niemals, sie irrt sich bloß zeitweilig! — Was meinen Sie dazu Herr R.?)

**Grimmitzschau, 24. Juli.** Von allen Seiten und aus allen Gegenden kommen die Klagen über schlechten Geschäftsgang, und trotz dem Radikalmittel, welches Herr Camphausen gegen Geschäftskrisen vom Stapel gelassen, wollen doch die Nachrichten über den allgemeinen Geschäftsgang im sogenannten deutschen, aber in Wirklichkeit hochzollerschen Reich nicht günstiger werden. Doch nicht überall im Lande der „genialen Staatsmänner“ giebt's Geschäftsklage; am hiesigen Ort, welcher doch in gewerblicher und industrieller Beziehung nicht ohne Bedeutung ist, hat man schon seit einigen Jahren von Geschäftskrisen nur sehr wenig oder auch gar nichts gespürt, wenigstens nach den äußeren Zeichen zu urtheilen, wie z. B. Länge der Arbeitszeit, oder ungenügende Versorgung mit Material u. s. w. Die Arbeitszeit ist in den Fabriken des Sommers von Morgens früh 5 Uhr bis Abends 7, auch 8 Uhr. Vergangenen Winter gab es hier sehr viel Fabriken, wo es Tag und Nacht ging, doch hat sich letzteres in diesem Sommer ziemlich, wenn auch nicht ganz, verloren. Die glücklichsten unter allen Arbeitern, die im Stande sind, diese — gute Zeit voll und ganz zu „genießen“, sind die Drouffstreicherrinnen oder Kumpelerrinnen, wie bekannt in dem Spinnereisach die „Borarbeitern“. Bei diesen ist die Arbeitszeit häufig von früh 5 Uhr bis Abends 8 Uhr, und zwar ohne jede Unterbrechung, von Frühstück, Mittag und Besper ist keine Rede, und nicht selten ist es, daß gerade die Drouffstreicherrinnen und vorzüglich des Sonnabends bis 10, 11 und 12 Uhr, ja bis Sonntag früh arbeiten müssen, und wer da weiß, wie schädlich und gefährlich die Arbeit der Drouffstreicherrinnen ist, der wird sagen, daß ist nicht gearbeitet, das ist geschunden. Wir wollen nur beifügen, daß in keiner Branche der Fabrikarbeiter so viel Verstümmelungen vorkommen als gerade hier, und diese Arbeit wird von Frauen und Mädchen verrichtet. Daß die anderen Arbeiter ebenfalls tüchtig dran müssen, ist selbstverständlich. So gut auch hier bei uns das Geschäft geht, hat es trotz Tag- und Nachtarbeit hier noch nie an Arbeitskräften gefehlt, höchstens die Kinder sind etwas gesucht und zwar als Andreher. Doch darf man nicht etwa denken, daß keine Kinder unter dem gesetzlichen Alter beschäftigt würden, im Gegentheil noch genug! Nur ein Borarbeitern der Erwachsenen ist's, welches veranlaßt, daß es an Andreher mangelt. Ein Andreher verdient jetzt, wenn er den ganzen Tag arbeitet, pro Woche 2 Thlr. 5 Gr. bis 2 Thlr. 15 Gr., eine Drouffstreicherrin 2 Thlr. 20 Gr. bis 3 Thlr. bei gewöhnlicher Arbeitszeit. Man schämt sich eben, Arbeit zu machen, die Kinder verrichten können, und dabei drückt man den Lohn anderer gefährlicherer und anstrengenderer Arbeit herunter, wie man leicht bemerken könnte (?). Was an Arbeitern mehr gebraucht wird als sonst, wird durch die Einwanderung aus den benachbarten Ländern und Gegenden, als: Böhland, Neuß, Herzogthum Altenburg u. s. w. reichlich ersetzt, welche vorzüglich durch den, dem Gerede nach, aber nicht in Wirklichkeit hohen Lohn herangezogen werden. Daß der Wohlstand des Arbeiters kein großer ist, zeigt, daß die zuweilen geschehende Aufforderung des hiesigen Amtsblatts zum Sparen selbst den ruhigsten, indifferentesten Arbeitern über den Spuß geht. — Die Abhängigkeit der Arbeiter vom Arbeitgeber hat nicht ab-, aber zugenommen. Als Beweis dies Eine: Das Restauspugen, eine sehr schädliche Arbeit, wurde sonst von Leuten gemacht, welche sich eben dazu fanden, und einen Lohn von etwa 25 Gr. bis 1 Thlr. für einmaliges Auspugen erhielten. Weil die Arbeit gar zu miserabel ist und der Auspugende vor Augen sieht, wie er seine Gesundheit zu Markte tragen muß, so verminderte sich das Angebot zu dieser Arbeit; der Arbeitgeber wollte nicht mehr Lohn geben, und so nahm er die Gewalt zur Hand: er zwingt nun häufig seine Arbeiter abwechselnd, sich dieser Arbeit zu unterziehen — wer nicht will oder nicht kann, wird einfach der Arbeit verlustig. Das ist der Lohn des Arbeiters bei dieser — guten Zeit (?) noch größerer Unterdrückung! und warum? weil Einer den Andern in der Leistung, als da sind: langes Arbeiten, billige Arbeit u., überbietet. Dieses wäre in Kurzem ein Bericht über die hiesigen Arbeiterverhältnisse. Noch manches wäre zu berichten, aber für heute genug; das Einzige, was man daraus ersieht, ist, daß die sozialistischen Behauptungen in Bezug auf die kapitalistische Production sich als wahr erweisen. — Nun noch etwas über das Parteileben. Von einem „Rückgang der Sozialdemokratie“ kann man von hieraus nun freilich nicht berichten, wenn es der Fall wäre, würde man es schon durch das hiesige reichstrenue Tage- und Amtsblatt erfahren haben; denn dieses merkt auf das eifrigste auf jeden Bericht in allen Schmierblättern über den „Rückgang“ der Sozialdemokratie. Doch der Lohn für das Lügen und Schimpfen unseres Tageblatts bleibt einmal nicht aus; der „Grimmitzschauer Bürger- und Bauernfreund“ erweist sich immer freundschaftlich, ihm den rechten Weg zu zeigen. Daß das nicht stets mit großen Complimenten verbunden ist, kann man sich denken. Von dem „Tageblatt“ wurde schon vor längerer Zeit dem „Bauernfreund“ erklärt, daß es sich in eine Polemik mit diesen nicht mehr einlassen wolle. Bößzungen wollen behaupten, wenn der Tageblatt-Redakteur das Zeug dazu hätte, würde er es schon thun aber leider! — Direct an den Parteiarbeiter nehmen von den hiesigen Arbeitern nur wenige

\*) Wurde wegen Stoffandrang einige Nummern zurückgestellt.



